



**„Freiheit statt Kapitalismus“?
Ein Kommentar zu Sahra Wagenknechts
Buch aus Freiburger Sicht**

Viktor J. Vanberg
15/03

Freiburger **Diskussionspapiere**
zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussionpapers**
on Constitutional Economics

Instituts für allgemeine Wirtschaftsforschung
**Abteilung Wirtschaftspolitik und
Ordnungsökonomik**

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

„Freiheit statt Kapitalismus“?

Ein Kommentar zu Sahra Wagenknechts Buch aus Freiburger Sicht¹

Viktor Vanberg

Walter Eucken Institut

1. Im Kern geht es in dem Buch von Sahra Wagenknecht² um die Frage der „Arbeitsteilung“ zwischen Marktwirtschaft (Privatrechtsgesellschaft) und Staat.

2. Ich werde in meinem Kommentar zunächst die ordo-liberale Sicht der Freiburger Schule zu dieser Frage skizzieren. Deren Hauptbegründer, Walter Eucken (auf den Sahra Wagenknecht sich beruft), hat diese Sicht mit den Worten umschrieben:

„Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen (des Rechtsrahmens, V.V.) gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses.“

Der Rechtsrahmen (die Privatrechtsordnung und öffentliche Regulierungen) sollte darauf gerichtet sein, „Leistungswettbewerb“ sicherzustellen, d.h. dafür zu sorgen, dass Produzenten nur durch bessere Bedienung der Konsumenteninteressen Erfolg (Gewinn) erzielen können.

Gemeinanliegen der Bürgerschaft (z.B. in Umweltbelangen) sollen durch geeignete Gestaltung des Regelrahmens, nicht durch Eingriffe in den Wirtschaftsprozess, verfolgt werden.

Wenn unerwünschte Ergebnismuster im Wirtschaftsprozess festzustellen sind, so gilt es zu prüfen, ob dies an regelwidrigem Verhalten und ungenügender Durchsetzung der geltenden Spielregeln oder an Mängeln in der Rahmenordnung liegt. Entsprechend der Diagnose ist entweder die Durchsetzung oder der Regelrahmen zu verbessern – wobei nicht gesagt ist, dass man für alles, was nicht wünschenswert erscheint, eine Abhilfe finden können, die eine bessere Welt schafft als die unvollkommene, in der wir leben.

3. Bevor ich inhaltlich auf die in „Freiheit statt Kapitalismus“ aufgeworfenen Fragen eingehen werde, möchte ich einige Bemerkungen voranschicken:

3a) Die Art und Weise, in der Sahra Wagenknecht die o.g. Frage angeht, erinnert an das Argumentationsmuster der traditionellen Wohlfahrtsökonomik. Das gängige Muster war, sog. „Marktmängel“ zu identifizieren (negative Externalitäten u.ä.) und daraus die Notwendigkeit staatlicher Intervention zu folgern, ohne weiter zu prüfen, ob man vom Staat wirklich eine bessere Problemlösung erwarten kann. Die Public Choice Theorie hat darauf aufmerksam gemacht, dass – wenn man nicht Gefahr laufen will, eine Krankheit mit einer

¹ Dieser Kommentar wurde ursprünglich vorbereitet für eine Diskussionsveranstaltung mit Sahra Wagenknecht am Tübinger Weltethos-Institut am 28. Juni 2013.

² Sahra Wagenknecht, *Freiheit statt Kapitalismus – Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft*, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2012.

Medizin zu bekämpfen, die größeren Schaden anrichtet als die Krankheit, die sie heilen soll – man einen realistischen Vergleich der tatsächlichen Funktionsweise des politischen ebenso wie des marktlichen Prozesses anstellen muss, um entscheiden zu können, ob ein staatlicher Eingriff wirklich empfehlenswert ist.

3b) Sahra Wagenknecht überflutet den Leser in ihrem Buch mit einer schier endlosen Liste von Mängeln des Kapitalismus, belässt es aber bei recht spärlichen Ausführungen darüber, wie die von ihr empfohlene sozialistische Alternative genau aussehen soll, und aus welchen Gründen man darauf vertrauen kann, dass die Einnahme der von ihr empfohlenen Medizin dem Patienten Besserung bringen wird. Ich schätze (ohne mir die Mühe einer genauen Zählung gemacht zu haben), dass mindestens 95 Prozent des Buches mit Kapitalismusschelte befasst sind und der Rest über den von ihr empfohlenen „kreativen Sozialismus“ handelt. Auf S. 211 (von 396 Seiten) erscheint zwar die Überschrift „Kreativer Sozialismus: Einfach, Produktiv, Gerecht“, doch geht auch hier lediglich die Kapitalismusschelte weiter. Auf S. 225 erfährt man von der Autorin, dass sie auf die „Neugestaltung der Eigentumsordnung ... im letzten Kapitel ... ausführlich eingehen“ werde. Auf S. 341 kommt man dann zu dem mit „Grundrisse einer neuen Eigentumsordnung“ überschriebenen Kapitel, muss sich aber auch hier weiter gedulden, bis man auf den Seiten 363 bis 377 verstreute Hinweise darauf findet, wie diese „neue Ordnung“ gestaltet sein soll.

3c) Der Begriff der Freiheit taucht nur im Titel des Buches und im letzten Satz auf, in dem es heißt: „Deshalb lautet die politische Forderung unserer Zeit: Freiheit statt Kapitalismus.“ Ansonsten ist er mir im gesamten Buch bei der Lektüre nicht begegnet. Darüber, was sie mit Freiheit meint, lässt die Autorin den Leser im Unklaren. Für die Freiburger Ordo-Liberalen hatte Freiheit einen sehr konkreten Inhalt, nämlich durch die Privatrechtsordnung gesicherte individuelle Handlungs- und Vertragsfreiheit. Im staatlichen Gemeinwesen tritt zwangsläufig an die Stelle individueller Freiheit das Bürgerrecht der Mitbestimmung über die gemeinsamen Angelegenheiten. Höchst bedeutsam bleibt aber das individuelle Recht, ein ungeliebtes Gemeinwesen verlassen und sich in einem anderen niederlassen zu können.

4. Meine inhaltliche Auseinandersetzung mit „Freiheit statt Kapitalismus“ hat zwei Teile: Die Auseinandersetzung mit der Liste der Mängel, die Sahra Wagenknecht dem Kapitalismus anlastet und die Auseinandersetzung mit der alternativen „neuen Wirtschaftsordnung“, die sie vorschlägt.

5. Angesichts der unüberschaubaren Fülle von Versagenstatbeständen, die die Autorin auflistet, wäre es uferlos und wenig zielführend im Einzelnen darauf einzugehen und zu prüfen, inwieweit hier nicht – in Walter Euckens Worten – der „ungemein weit verbreitete Fehler (gemacht wird), unerwünschte Folgen des Interventionismus nicht als solche zu erkennen, sondern die Ursache im freien Spiel der Kräfte zu suchen“ (Eucken 1932: 321). Denn, ob man ihre vielen Behauptungen für zutreffend hält oder nicht, und ob man ihre Bewertungen teilt oder nicht, die entscheidende Frage ist, ob wir von der von ihr empfohlenen neuen Wirtschaftsordnung erwarten können, dass sie uns bessere Verhältnisse beschert. Und auf diese Frage werde ich mich konzentrieren.

6. Aus der von Sahra Wagenknecht aufgestellten Mängelliste will ich nur exemplarisch einige Punkte ansprechen.

6a) Darüber, dass in den Finanzmärkten offensichtliche Fehlentwicklungen stattgefunden haben und dass hier Korrekturen im Ordnungsrahmen erforderlich sind, besteht weitgehender Konsens. Schwieriger ist es, Konsens darüber zu erzielen, wie genau die Regelungen aussehen sollten, die ihrerseits nicht allzu gravierende unerwünschte Nebeneffekte erwarten lassen.

6b) Wenn man dagegen etwa (auf S. 172) liest, die „sozialen Kontraste (seien) heute größer als im Kaiserreich“, so ist dies insbesondere angesichts des seitherigen Ausbaus der Alterssicherung, des Krankenversicherungswesens und des Sozialstaates (auf den fast 40% des Bundesetats entfallen) doch eine sehr befremdliche Wirklichkeitssicht.

6c) Und wenn man etwa (auf S. 379) liest, die Globalisierung habe den „Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern ... nichts genützt“, so steht diese Behauptung in starkem Kontrast zu den Statistiken, die man dazu in gründlichen Studien finden kann.³

7. Was die von Sahra Wagenknecht empfohlene neue Wirtschaftsordnung eines „kreativen Sozialismus“ anbelangt, so werde ich sie – nach einer kurzen Wiedergabe der dazu im Buch zu findenden Hinweise – unter zwei Gesichtspunkten erörtern: Erstens, kann man dafür, wie Die Autorin suggeriert, in der Tat Walter Eucken als Unterstützer heranziehen? Und zweitens, kann man davon in der Tat die segensreichen Wirkungen erhoffen, die sie verspricht?

8. Über die neue Wirtschaftsordnung des kreativen Sozialismus erfahren wir folgendes.

- Alle Bereiche der Grundversorgung sind in öffentliches Eigentum zu überführen und mit dem Auftrag „optimale(r) Bedarfsdeckung“ (S. 363) zu betreiben. Dazu gehören die Bereiche: „Wasser, Energie, Mobilität und Kommunikation, ...Bildung, Gesundheit, Mietwohnungen und die ganze Palette kommunaler Dienste“ (307).

- Des Weiteren sollen auch alle anderen Großunternehmen entweder in öffentliches Eigentum überführt oder denen „übergeben“ werden, die im Unternehmen arbeiten, was, wie die Autorin den Leser wissen lässt, „die bisherigen Eigentümer (einschließt), sofern sie im Unternehmen arbeiten“ (S. 365).

- Insbesondere soll „die private Säule des deutschen Finanzsektors ... in öffentliche Hand“ überführt werden, ebenso wie die Versicherungen (S. 283).

- Soweit sie nicht einfach durch Enteignung in öffentliches Eigentum überführt werden, stellt die Autorin sich die Eigentumsumwandlung so vor, dass durch eine

³ Laut einer im *Economist* vom 3. Juni 2013 berichteten Statistik ist die Zahl der in extremer Armut (also von weniger als \$ 1,25 pro Tag) lebenden Menschen in Entwicklungsländern von 1990 bis 2010 von 43% auf 21% gefallen, und in China ist diese Rate von 84% in 1980 auf 10% in 2010 zurückgegangen. – Siehe dazu etwa die sorgfältige Untersuchung von M. Pinkovskiy und X. Sala-i-Martin, *Parametric Estimations of the World Distribution of Income*, NBER Working Paper Series 2009.

jährliche Vermögenssteuer von 5% „schrittweise Unternehmensanteile an eine Art Stiftung übertragen (werden) ..., die der Belegschaft untersteht“ (S. 374).

- Erbschaften sollen generell auf 1 Million Euro begrenzt werden, bei Betriebsvermögen soll das „gesamte 1 Million Euro übersteigende Betriebsvermögen ... in unveräußerliches Belegschaftseigentum übertragen“ werden (S. 376), wobei bei Unternehmen ab 100 Millionen Euro Eigenkapital „25 Prozent Stiftungsanteile auf die öffentliche Hand – die Kommune oder das Land – übergehen“ sollen (S. 374).

9. Dem – bei den leidvollen Erfahrungen, die Millionen von Menschen im vergangenen Jahrhundert und in einigen verbliebenen Nischen wie Nordkorea mit sozialistischen Experimenten gemacht haben und machen – naheliegenden Einwand, weshalb man von ihrem „kreativen Sozialismus“ besseres erwarten sollte, wird das Argument entgegengehalten, es gehe ja nicht um eine Wiederauflage des gescheiterten sowjetischen Gesellschaftsmodells, sondern um etwas ganz Neues. Schließlich sei es ja gerade die Fähigkeit, „sich eine Gesellschaft vorzustellen, die es in der Realität noch nicht gibt“, die – wie Ernst Bloch gesagt habe – „uns Menschen menschlich macht“ (S. 356). Als Zeuge dafür, dass man in diesem Sinne nicht „rückblickend“ sondern mit freiem Blick nach vorne über Möglichkeiten der Wirtschaftsordnung nachdenken solle, wird Walter Eucken mit den Worten zitiert: „Es kommt im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik nicht nur darauf an, welche Ordnungsformen realisiert worden sind, sondern auch, welche möglich sind. Es muss eine neue Möglichkeit gefunden werden, die sachlich geboten erscheint, eine Ordnungsform, die eine selbständige Lösung darstellt“ (S. 357). Schaut man die betreffende Passage bei Eucken in voller Länge an, so ergibt sich ein deutlich anderer Tenor, wenn man die ausgelassenen Teile liest. Es heißt dort: „Welche Möglichkeiten bestehen überhaupt für die Ordnung des Wirtschaftsprozesses in der industriellen Welt? Diese Frage ist nicht damit beantwortet, dass wir, wie Marx, die Geschichte einen Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit machen lassen. ... Man macht sich die Sache sehr bequem, wenn man einfach von neuen Möglichkeiten spricht, ohne genau darzustellen, wie die Ordnungen aufgebaut sein sollen und wie sie funktionieren. Wir haben vielmehr zu fragen, was wir in der Geschichte vorfinden und was nicht.“⁴

Der Unbequemlichkeit, genauer darzustellen, wie die von ihr empfohlene Ordnung aufgebaut sein soll und wie sie funktionieren wird, meint Sahra Wagenknecht freilich sich nicht stellen zu müssen. Lässt sie den Leser doch wissen: „Wer Grundrisse für eine neue Wirtschaftsordnung konzipieren will, darf sich nicht nur mit Strukturen beschäftigen, sondern muss als Erstes die Frage beantworten, welche Ziele im Vordergrund stehen“ (S. 362). Über die Strukturen des neuen, kreativen Sozialismus und seine Funktionsweise erfährt man in „Freiheit statt Kapitalismus“ recht wenig. Dafür wird einem versichert, die vorgeschlagene Ordnung werde „einfach, produktiv und gerecht“ sein, technischen Wandel, Innovation und Erfindergeist motivieren und das Wohlstandsniveau aller ... anheben“. Zudem werde sie „umwelt- und klimaverträglich“ sein, jedem „einen weitgehend gesicherten Arbeitsplatz“

⁴ Eucken, W. 1990 (1952). *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. (6. Aufl.) Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 242.

bieten, sowie „auf den Prinzipien der Eigenverantwortlichkeit und der Haftung beruhen“ (S. 363). Aufgrund welcher strukturellen und funktionellen Eigenschaften der kreative Sozialismus diese Ziele verwirklichen kann, scheint Sahra Wagenknecht erst gar nicht für weiter erklärungsbedürftig zu halten. Sie postuliert, durch ihr Modell „würden Anreize für ein Wirtschaften gesetzt, das erheblich effizienter, innovativer und für den allgemeinen Wohlstand förderlicher wäre als das heutige“ (S. 377). Man erfährt aber sehr wenig darüber, wodurch diese Anreize denn nun gestiftet werden und wie sie wirken sollen.

10. Es scheint jedoch so, dass Sahra Wagenknecht die positiven Wirkungseigenschaften ihres kreativen Sozialismus vor allem zwei Effekten zuschreibt, die die Überführung der vorhin genannten Unternehmenskategorien in öffentliches bzw. unveräußerliches Belegschaftseigentum haben soll. Einerseits soll dadurch wirtschaftliche Macht besser kontrolliert werden und andererseits soll die damit verbundene Beseitigung des „Renditestrebens“ eine stärker an Gemeinwohl- und Arbeitnehmerinteressen orientierte Unternehmenstätigkeit ermöglichen. Auf Beides will ich im Folgenden etwas näher eingehen.

11. Sahra Wagenknecht kann sich zu Recht darauf berufen, dass Walter Eucken „zu den lautesten Warnern vor den gefährlichen Konsequenzen von Wirtschaftsmacht“ gehörte (S. 204). Allerdings hätte Eucken sich aufs heftigste dagegen gewehrt, als Argumentationshilfe für ihre Sozialisierungspläne in Anspruch genommen zu werden. Es reicht hier, ihn mit einigen Zitaten selbst zu Wort kommen zu lassen. So sprach er seinerzeit von der „noch heute weitverbreiteten Meinung, dass das Problem der privaten wirtschaftlichen Macht nur gelöst werden könne, wenn der Staat selbst die wirtschaftliche Macht in die Hand nimmt.“ Und er fügte mit Verweis auf die historischen und aktuellen Erfahrungen hinzu: „Das Problem der wirtschaftlichen Macht wurde auf diese Weise nicht gelöst, sondern nur ernster. ... Das Problem der wirtschaftlichen Macht kann niemals durch weitere Konzentration der Macht gelöst werden. ... Indem die beiden Sphären der Wirtschaft und des Staates sich vereinigen, tritt eine Konzentration ein, durch die das Problem der Macht erneut verstärkt wird. ... ‚Macht bleibt Macht, von wem auch immer sie ausgeübt wird. Und sie erreicht ihre höchste Gefahrenstufe nicht einmal in privater, sondern gerade in öffentlicher Hand‘ (Leonhard Miksch).“⁵ – Der von Eucken vertretene ordnungspolitische Umgang mit dem Machtproblem liegt darin, einerseits „die Sphären des alltäglichen Wirtschaftens und des politisch-staatlichen Handelns möglichst getrennt“ zu halten (ebd.: 376) und andererseits durch den marktwirtschaftlichen Regelrahmen Leistungswettbewerb unter den Produzenten zu sichern, also dafür zu sorgen, dass wirtschaftlicher Erfolg möglichst nur durch bessere Befriedigung der Konsumentenwünsche erreicht werden kann.

12. Was die Befreiung vom „Renditestreben“ anbelangt, die in öffentliches und Belegschaftseigentum übergegangene Unternehmen in Stand setzen soll, andere und hehrere Ziele zu verfolgen als den schnöden Profit, so sind einige grundsätzlich Bemerkungen zur Rolle des Gewinns bei wirtschaftlichem Handeln angebracht. Wie Sahra Wagenknecht zutreffend bemerkt, sind „Gewinne eine ‚Residualgröße‘“ (S. 129). Gewinn ist, einfach gesagt, das, was übrig bleibt, wenn man die Ausgaben, die insgesamt bei der Herstellung eines Produktes anfallen – also die Löhne der Beschäftigten, Gebäudemieten, Zahlungen an

⁵ Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, S. 173f..

Vorlieferanten u.ä. -, von dem aus dem Verkauf des Produktes realisierten Erlös abzieht. Bleibt etwas übrig, so fällt dies als Profit dem zu, der bereit war die Rolle desjenigen zu übernehmen, der allen übrigen Beteiligten die vereinbarten Löhne, Mieten und Preise auszahlt. Ist das Residuum negativ, hat er einen Verlust gemacht. Diese Rolle können nur – natürliche oder juristische – Personen übernehmen, die über ausreichendes Kapital verfügen, um den übrigen Beteiligten die notwendigen Zahlungsverprechen glaubhaft geben zu können.

Da alle wirtschaftlichen Ressourcen – also Arbeitskraft, Rohstoffe, Transportmittel u.a. - für vielfältige alternative Zwecke genutzt werden können, besteht die Kunst nichtverschwenderischen Wirtschaftens darin, sie so einzusetzen, dass sie möglichst produktiv verwendet werden. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung des Leistungswettbewerbs befinden die Konsumenten mit ihren Kaufentscheidungen darüber, was „produktiv“ ist. Wer an der Nachfrage vorbeiproduziert, wird mit Verlusten bestraft, wer überlegene Leistung bietet mit Gewinnen belohnt. Dadurch findet in der Marktwirtschaft eine dauernde Disziplinierung der Produzenten durch die Konsumenten statt.

In vielen Äußerungen von Sahra Wagenknecht klingt eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Rolle des Gewinns als Erfolgskriterium an. So moniert sie, dass das „Diktat nackter Renditeziffern in der ‚Idee‘ des kapitalistischen Wirtschaftseigentums bereits angelegt ist“ (S. 177) und fordert, es dürften „nicht länger die erwarteten Profite sein, die über das Ja oder Nein zu einer Investition entscheiden“ (S. 179). Andererseits kann man verschiedenen ihrer Äußerungen entnehmen, dass sie dem Ideal einer Ordnung des Leistungswettbewerbs in Grenzen zustimmen würde, es aber für nicht realisierbar hält. Es werde, so ihre Auffassung, entweder aufgrund von privaten Machtkonzentrationen ausgehebelt oder sei in bestimmten Bereichen erst gar nicht anwendbar, sodass in Ergebnis öffentliche oder belegschaftsgeleitete Unternehmen vorzuziehen seien. Auf diese Einwände will ich im Folgenden eingehen.

13. Primäre Zielscheibe der Wagenknechtschen Kritik ist das Finanzsystem und dazu liest man bei ihr: „Das private Bankensystem ist somit ein System institutionalisierter Haftungsfreiheit und Verlustsozialisierung bei gleichzeitiger Gewinnprivatisierung“ (S. 281). Angesichts des politischen Umgangs mit der jüngsten Finanzkrise kann man dieser Aussage in der Tendenz zustimmen. Die wesentliche Frage ist jedoch, ob die damit diagnostizierte Verletzung ordnungspolitischer Grundprinzipien durch eine Rückbesinnung auf diese Prinzipien und ihre wirksame Durchsetzung nicht besser zu kurieren ist als durch die von Sahra Wagenknecht empfohlene Überführung in öffentliches Eigentum. Wenn sie meint, der Staat sei zu schwach um überhaupt eine wirksame ordnungspolitische Einhegung des Bankensystems – und überhaupt großer Unternehmen – bewerkstelligen zu können, ist an das zu erinnern was Eucken bereits 1932 in seinem Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus“ über den „starken“ und „schwachen“ Staat gesagt hat. Dass die immer weitergehenden Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess zu einer deutlichen Expansion des Staatsapparates führe, bedeute „nicht etwa eine Stärkung, sondern ganz im Gegenteil eine Schwächung des Staates. ... Die Tatsache, dass der Wirtschaftsstaat im Gegensatz zum liberalen Staat aufs engste mit dem jeweiligen Stand der Konjunktur verknüpft ist, ... zeigt bereits die Fesselung des Staates durch die Wirtschaft. ... Seine

Handlungen werden abhängig von dem Willen der wirtschaftlichen Gruppen, denen er mehr und mehr als Werkzeug dient“ (Eucken 1932: 307). Dass die Empfehlung, diesem Problem mit der Sozialisierung von Unternehmen zu begegnen, mit seinem Namen verbunden wird, hätte Eucken wohl sehr befremdet. Für ihn konnte die Lösung nur in der strikten Beschränkung des Staates auf die Gestaltung des Ordnungsrahmens liegen und darin, dass ihm die Autorität genommen wird, zur Bedienung von Sonderinteressen in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Um dies zu gewährleisten, bedarf es freilich einer entsprechenden Gestaltung der Ordnung des politischen Prozesses, eine Frage, auf die ich am Ende meiner Ausführungen zurückkommen werde.

14. Ein durch Gewinn und Verlust disziplinierter Leistungswettbewerb sollte oder kann nach Sahra Wagenknecht grundsätzlich dort keine Anwendung finden, wo es um die bereits vorhin erwähnten Güter oder Leistungen der sog. Grundversorgung geht. Hier sind verschiedene Fragen zu unterscheiden, nämlich einerseits die Frage, ob es hier um das Problem der Kontrolle möglicher Marktmacht durch „natürliche Monopole“ geht, oder ob es darum geht, jenseits der Befriedigung der einzelnen Konsumenteninteressen gewisse Gemeininteressen – also etwa bei der Telekommunikation eine flächendeckende Versorgung – zu berücksichtigen.

Was die Frage der Monopolmacht anbelangt, so besteht das Problem natürlicher Monopole in der Tat bei sogenannten Netzindustrien (Eisenbahnnetz, Strom-, Gas-, Wassernetz etc.). Man hat aber mittlerweile erkannt, dass es nachteilig ist, wegen der Netzproblematik den gesamten Bereich der betroffenen „Grundversorgung“ in ein staatliches Monopol zu überführen, dass man vielmehr – etwa durch die Trennung des Netzbetriebes von den übrigen damit verbundenen Tätigkeiten – in vielen Bereichen durchaus Leistungswettbewerb zur Wirkung bringen kann. Genau darauf zielt die von Sahra Wagenknecht so gescholtene Liberalisierung, die die Europäische Union in diesen Bereichen angestoßen hat.

Man hat mittlerweile auch die Probleme erkannt, die sich ergeben, wenn man Gemeinanliegen dadurch zu verfolgen sucht, dass man die Bewirtschaftung sogenannter Grundversorgungsgüter der öffentlichen Hand vorbehält. Um die dabei zwangsläufige Intransparenz in der Finanzierung der eigentlichen Gemeinanliegen zu vermeiden, empfiehlt es sich, hier eine strikte Trennung vorzunehmen, also die Gemeinanliegen durch entsprechende Rahmenregeln oder direkte öffentliche Finanzierung sicherzustellen, ansonsten aber die Produzenten der betreffenden Güter und Leistungen der Marktdisziplin zu unterwerfen.

15. An die von Sahra Wagenknecht empfohlene neue Wirtschaftsordnung ist die grundsätzliche Frage zu stellen, worauf sich denn die Erwartung stützen soll, dass mit der Übernahme der Unternehmenskontrolle durch die öffentliche Hand bzw. die Belegschaft die versprochenen positiven Effekte bewirkt werden können. Es ist wohl kaum anzunehmen, dass Menschen ihre Natur ändern, wenn sie, statt als Privatrechtssubjekte im Markt zu handeln, als Bürger im politischen Prozess mitwirken. Was sich ändert, sind die Rahmenbedingungen, unter denen sie in dem einen und in dem anderen Bereich handeln. Wenn dem so ist, dann gilt es zu zeigen, weshalb man von der in Frage stehenden Änderung der Rahmenbedingungen – in diesem Falle dem Wechsel zu öffentlichen bzw. belegschaftsgeleiteten Unternehmen – die behaupteten Verhaltenseffekte erwarten können soll.

16. Dass, wie Sahra Wagenknecht vermerkt, in „verstaatlichten Industrien ... das Investitionsniveau in der Regel deutlich höher, Löhne und Arbeitsbedingungen ... besser und Arbeitsplätze sicherer (sind) als in privaten Unternehmen“ (S. 339), wird man ihr gerne bestätigen können. Die entscheidende Frage ist, was sicherstellen soll, dass die Investitionen auch produktiv sind und dass die wunderbaren Arbeitsbedingungen nicht zu Lasten des Steuerzahlers oder, bei öffentlichen Monopolunternehmen, zu Lasten der Konsumenten gehen.

17. Was die Gemeinwohlorientierung anbetrifft, so stellt auch Sahra Wagenknecht fest, dass die Überführung „des Eigentums an die öffentliche Hand allein das Problem nicht“ löst (S. 309). Sie fordert vielmehr, dass die „sozialen und ökologischen Verpflichtungen eines gemeinnützigen Geschäftsmodells ... gesetzlich festgeschrieben“ (S. 311) werden müssen, - so als ob die „gesetzliche Festschreibung“ schon für die, wie sie es nennt, „Absicherung vernünftiger Prioritäten“ (S. 364) ausreiche. Als weitere Vorsichtsmaßnahme empfiehlt sie, „neben der öffentlichen Hand auch den Beschäftigten, Vertretern der Konsumenten bzw. Verbraucherschutzorganisationen sowie ... Umweltverbänden reale Mitbestimmungsrechte in ... (den) Aufsichtsgremien ein(zu)räumen“ (S. 364f.). – Ob die Menschen davon eine wirksamere Ausrichtung der Unternehmenspolitik auf ihr Versorgungswünsche, so wie sie selbst sie definieren, erwarten können, wird man wohl bezweifeln dürfen. Eine auf die Sicherung von Leistungswettbewerb ausgerichtete Ordnungspolitik dürfte ihnen bessere Aussichten bieten.

18. Auch bei „arbeitergeführten Konzernen“, so räumt die Autorin ein, könne man nicht davon ausgehen, dass „die Interessen der Mitarbeiter... automatisch mit dem Gemeinwohl identisch“ seien (S. 369) oder „Umweltinteressen ... im Selbstlauf berücksichtigt“ würden (ebd.). Die Lösung scheint sie darin zu sehen, dass die öffentliche Hand „über eine Sperrminorität“ verfügen und die „Beteiligung von Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen in den Aufsichtsgremien“ erwogen werden sollte. – Aus ordnungspolitischer Sicht würde man stattdessen empfehlen, öffentlichen Anliegen – wie dem Umweltschutz – über die angemessene Gestaltung des Ordnungsrahmens und Verbraucherinteressen durch die Sicherung von Leistungswettbewerb Rechnung zu tragen.

19. Die „Kreativität“ ihrer neuen Variante des Sozialismus verspricht sich die Autorin augenscheinlich davon, dass der verstaatlichte Bankensektor ein großzügigeres Finanzierungsverhalten gegenüber „echten“ Unternehmern – die, wie sie meint, in den heutigen Großunternehmen nicht mehr zu finden sind und vom kapitalistischen Finanzsystem an der kurzen Leine gehalten werden – an den Tag legen wird. Während heute, so stellt sie fest, die Banken nach der Maxime verfahren, „lieber zehn gute Ideen sterben zu lassen, als eine schlechte zu kreditieren“, müsse das Prinzip umgekehrt werden. Es sei besser, „zehnmal Unsinn zu finanzieren und später abzuschreiben, wenn dadurch sichergestellt ist, dass der eine Geniestreich, den es im Ideenangebot auch gibt, nicht durch den Rost fällt“ (S. 372).

Wenn Fehlinvestitionen und Kapitalverschwendung vermieden werden sollen, dann liegt das Problem der Unternehmensfinanzierung ja gerade darin, im Vorhinein möglichst gut zu beurteilen, welche unternehmerischen Ideen Erfolg versprechen und bei welchen die Aussichten eher ungünstig sind. Da solche Entscheidungen unter Unsicherheit zu fällen sind,

ist eine Risikoabwägung erforderlich. In einer Marktwirtschaft fällt diese Aufgabe den „Kapitalisten“, den Kapitalgebern zu, die aus ihrem eigenen finanziellen Interesse heraus bestrebt sein müssen, die Risikoabwägung möglichst angemessen vorzunehmen, sich also einerseits Ertrag versprechende Projekte nicht entgehen zu lassen und andererseits Verlust verheißende Geschäfte zu vermeiden. Wieso man von den Entscheidungsträgern staatlicher Banken eine in dieser Hinsicht überlegene Performanz erwarten sollte, wird von Sahra Wagenknecht nicht weiter erläutert.

20. Was schließlich die Frage der Haftung im kreativen Sozialismus anbelangt, so wartet sie – wiederum unter Bezug auf Walter Eucken – mit einer besonders originellen Variante auf. Das von Eucken so hervorgehobene Prinzip „Wer den Nutzen hat, soll auch den Schaden tragen“ gebe es, so stellt sie fest, bei den Großunternehmen nicht mehr. Sie folgert dann: „Wenn Haftung wieder gelten soll, dann sollten Unternehmen denen gehören, die in ihnen arbeiten und deren Existenzgrundlage sie darstellen“ (S. 367). Zur Frage, um welche Art von „Haftung“ es gehen soll, wenn das Eigenkapital in einem durch Vermögenssteuern gefütterten Stiftungsfond besteht, würde man gerne mehr erfahren. Doch dazu findet man in „Freiheit statt Kapitalismus“ ebenso wenig wie dazu, in welcher Hinsicht sich das vorgeschlagene Modell von dem ehemaligen jugoslawischen Modell belegschafts-geleiteter Unternehmen unterscheidet, dessen Scheitern für eine Neuauflage wenig ermutigend ist.

21. Zum Abschluss möchte ich noch ein zentrales Problem ansprechen, zu dem sich Sahra Wagenknecht in ihrem Buch gänzlich ausschweigt, nämlich das Problem des Ordnungsrahmens für die Politik. Wenn man, wie die Autorin, von der Übertragung wirtschaftlicher Kontrollmacht in die öffentliche Hand all die segensreichen Konsequenzen erwartet, die der kreative Sozialismus bringen soll, so muss man recht großes Vertrauen darin haben, dass der politische Prozess dazu in der Lage ist, verlässlich die „vernünftigen Prioritäten“ zu setzen und durchzusetzen. Jemand, der, wie Sahra Wagenknecht, von den „morbiden Demokratien unserer Zeit“ (S. 208) spricht, hat dieses Vertrauen aber offenkundig nicht. Wenn sie davon spricht, dass wir Lösungsvorschläge für das „schon von den Ordoliberalen als zentral erkannte Problem wirtschaftlicher Macht ... (brauchen), damit wir in Zukunft wieder in einem demokratischen Gemeinwesen leben können“ (S. 357), dann sind Vorschläge zur Sozialisierung privaten Eigentums wohl kaum geeignet. Es sind Vorschläge dafür gefordert, wie man die Probleme angehen kann, die die bei uns praktizierte institutionelle Form der Demokratie aufwirft, Probleme die sich nicht zuletzt in der Anhäufung öffentlicher Schulden und dem Wachstum nicht nachhaltiger Sozialsysteme manifestiert haben. Eucken und die Freiburger Schule haben mit der Forderung einer Beschränkung des Staates auf seine Rolle als Ordnungsmacht einen wichtigen Hinweis gegeben. Man fragt sich, welche Vorstellung Sahra Wagenknecht von der Ausgestaltung einer „echten Demokratie“ hat. Dass es ihr nicht darum geht das aus DDR Zeiten bekannte Modell einer in der Diktatur des Proletariats verwirklichten „Volksdemokratie“ wiederzubeleben, will man ihr gerne abnehmen. Aber man würde doch auch gerne wissen, von welchen Reformen sie sich eine Heilung der „morbiden Demokratien unserer Zeit“ verspricht.⁶

⁶ Zur Demokratiereform aus Freiburger Sicht siehe Michael Wohlgemuth (Hrsg.), *Spielregeln für eine bessere Politik, Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern*, Freiburg: Herder, 2005.

Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

2015

- 15/02 **Viktor J. Vanberg:** „Freiheit statt Kapitalismus“? Ein Kommentar zu Sahra Wagenknechts Buch aus Freiburger Sicht
- 15/02 **Schnellenbach, Jan:** A Constitutional Economics Perspective on Soft Paternalism
- 15/01 **Schnellenbach, Jan:** Die Politische Ökonomie des Entscheidungsdesigns: Kann Paternalismus liberal sein?

2014

- 14/08 **Schnellenbach, Jan:** Neuer Paternalismus und individuelle Rationalität: eine ordnungsökonomische Perspektive
- 14/07 **Schnellenbach, Jan:** Does Classical Liberalism Imply an Evolutionary Approach to Policy-Making?
- 14/06 **Feld, Lars P.:** James Buchanan's Theory of Federalism: From Fiscal Equity to the Ideal Political Order
- 14/05 **Reckendrees, A.:** Weimar Germany: the First Open Access Order that Failed?
- 14/04 **Vanberg, Viktor J.:** Liberalismus und Demokratie: Zu einer vernachlässigten Seite der liberalen Denktradition
- 14/03 **Schnellenbach, Jan / Schubert, Christian:** Behavioral Public Choice: A Survey
- 14/02 **Kolev, Stefan / Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar:** Walter Eucken's Role in the Early History of the Mont Pèlerin Society
- 14/01 **Vanberg, Viktor J.:** Ordnungspolitik, the Freiburg School and the Reason of Rules

2013

- 13/13 **Necker, Sarah / Voskort, Andrea:** The Evolution of Germans' Values since Reunification
- 13/12 **Biedenkopf, Kurt:** Zur ordnungspolitischen Bedeutung der Zivilgesellschaft
- 13/11 **Feld, Lars P. / Ruf, Martin / Scheuering, Uwe / Schreiber, Ulrich / Voget, Johannes:** Effects of territorial and worldwide corporation tax systems on outbound M&As
- 13/10 **Feld, Lars P. / Kallweit, Manuel / Kohlmeier, Anabell:** Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut: Makroökonomische Folgen und Verteilungseffekte

- 13/9 **Feld, Lars P.:** Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder: Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr
- 13/8 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Is Switzerland After All an Interest Rate Island?
- 13/7 **Feld, Lars P. / Necker, Sarah / Frey, Bruno S.:** Happiness of Economists
- 13/6 **Feld, Lars P. / Schnellenbach, Jan:** Political Institutions and Income (Re-)Distribution: Evidence from Developed Economies
- 13/5 **Feld, Lars P. / Osterloh, Steffen:** Is a Fiscal Capacity Really Necessary to Complete EMU?
- 13/4 **Vanberg, Viktor J.:** James M. Buchanan's Contractarianism and Modern Liberalism
- 13/3 **Vanberg, Viktor J.:** Föderaler Wettbewerb, Bürgersouveränität und die zwei Rollen des Staates
- 13/2 **Bjørnskov, Christian / Dreher, Axel / Fischer, Justina A.V. / Schnellenbach, Jan / Gehring, Kai:** Inequality and happiness: When perceived social mobility and economic reality do not match
- 13/1 **Mayer, Thomas:** Die Ökonomen im Elfenbeinturm: ratlos - Eine österreichische Antwort auf die Krise der modernen Makroökonomik und Finanztheorie

2012

- 12/5 **Schnellenbach, Jan:** The Economics of Taxing Net Wealth: A Survey of the Issues
- 12/4 **Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar:** Eucken, Hayek, and the Road to Serfdom
- 12/3 **Goldschmidt, Nils:** Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels
- 12/2 **Feld, Lars P.:** Europa in der Welt von heute: Wilhelm Röpke und die Zukunft der Europäischen Währungsunion
- 12/1 **Vanberg, Viktor J.:** Hayek in Freiburg

2011

- 11/4 **Leuermann, Andrea / Necker, Sarah:** Intergenerational Transmission of Risk Attitudes - A Revealed Preference Approach
- 11/3 **Wohlgemuth, Michael:** The Boundaries of the State
- 11/2 **Feld, Lars P. / Köhler Ekkehard A.:** Zur Zukunft der Ordnungsökonomik
- 11/1 **Vanberg, Viktor J.:** Moral und Wirtschaftsordnung: Zu den ethischen Grundlagen einer freien Gesellschaft

2010

- 10/5 **Bernholz, Peter:** Politics, Financial Crisis, Central Bank Constitution and Monetary Policy
- 10/4 **Tietmeyer, Hans:** Soziale Marktwirtschaft in Deutschland - Entwicklungen und Erfahrungen
- 10/3 **Vanberg, Viktor J.:** Freiheit und Verantwortung: Neurowissenschaftliche Erkenntnisse und ordnungsökonomische Folgerungen
- 10/2 **Vanberg, Viktor J.:** Competition among Governments: The State's Two Roles in a Globalized World
- 10/1 **Berghahn, Volker:** Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das 'Amerikanische Jahrhundert'

2009

- 09/10 **Dathe, Uwe:** Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)
- 09/9 **Wohlgemuth, Michael:** Diagnosen der Moderne: Friedrich A. von Hayek
- 09/8 **Bernhardt, Wolfgang:** Wirtschaftsethik auf Abwegen
- 09/7 **Mäding, Heinrich:** Raumplanung in der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Vortrag
- 09/6 **Koenig, Andreas:** Verfassungsgerichte in der Demokratie bei Hayek und Posner
- 09/5 **Berthold, Norbert / Brunner, Alexander:** Gibt es ein europäisches Sozialmodell?
- 09/4 **Vanberg, Viktor J.:** Liberal Constitutionalism, Constitutional Liberalism and Democracy
- 09/3 **Vanberg, Viktor J.:** Consumer Welfare, Total Welfare and Economic Freedom – On the Normative Foundations of Competition Policy
- 09/2 **Goldschmidt, Nils:** Liberalismus als Kulturideal. Wilhelm Röpke und die kulturelle Ökonomik.
- 09/1 **Bernhardt, Wolfgang:** Familienunternehmen in Zeiten der Krise – Nachhilfestunden von oder für Publikumsgesellschaften?

2008

- 08/10 **Borella, Sara:** EU-Migrationspolitik. Bremse statt Motor der Liberalisierung.
- 08/9 **Wohlgemuth, Michael:** A European Social Model of State-Market Relations: The ethics of competition from a „neo-liberal“ perspective.
- 08/8 **Vanberg, Viktor J.:** Markt und Staat in einer globalisierten Welt: Die Ordnungs

ökonomische Perspektive.

- 08/7 **Vanberg, Viktor J.:** Rationalität, Regelbefolgung und Emotionen: Zur Ökonomik moralischer Präferenzen. Veröffentlicht in: V. Vanberg: Wettbewerb und Regelordnung, Tübingen: Mohr, 2008, S. 241-268.
- 08/6 **Vanberg, Viktor J.:** Die Ethik der Wettbewerbsordnung und die Versuchungen der Sozialen Marktwirtschaft
- 08/5 **Wohlgemuth, Michael:** Europäische Ordnungspolitik
- 08/4 **Löwisch, Manfred:** Staatlicher Mindestlohn rechtlich gesehen – Zu den gesetzgeberischen Anstrengungen in Sachen Mindestlohn
- 08/3 **Ott, Notburga:** Wie sichert man die Zukunft der Familie?
- 08/2 **Vanberg, Viktor J.:** Schumpeter and Mises as ‘Austrian Economists’
- 08/1 **Vanberg, Viktor J.:** The ‘Science-as-Market’ Analogy: A Constitutional Economics Perspective.

2007

- 07/9 **Wohlgemuth, Michael:** Learning through Institutional Competition. Veröffentlicht in: A. Bergh und R. Höijer (Hg.). Institutional Competition, Cheltenham: Edward Elgar, 2008, S. 67-89.
- 07/8 **Zweynert, Joachim:** Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen.
- 07/7 **Körner, Heiko:** Soziale Marktwirtschaft. Versuch einer pragmatischen Begründung.
- 07/6 **Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice, Preferences over Actions and Rule-Following Behavior.
- 07/5 **Vanberg, Viktor J.:** Privatrechtsgesellschaft und ökonomische Theorie. Veröffentlicht in: K. Riesenhuber (Hg.) Privatrechtsgesellschaft – Entwicklung, Stand und Verfassung des Privatrechts, Tübingen: Mohr Siebeck, 2008, S. 131-162.
- 07/4 **Goldschmidt, Nils / Rauchenschwandtner, Hermann:** The Philosophy of Social Market Economy: Michel Foucault’s Analysis of Ordoliberalism.
- 07/3 **Fuest, Clemens:** Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht?
- 07/2 **Pelikan, Pavel:** Public Choice with Unequally Rational Individuals.
- 07/1 **Voßwinkel, Jan:** Die (Un-)Ordnung des deutschen Föderalismus. Überlegungen zu einer konstitutionenökonomischen Analyse.

2006

- 06/10 Schmidt, André:** Wie ökonomisch ist der „more economic approach“? Einige kritische Anmerkungen aus ordnungsökonomischer Sicht.
- 06/9 Vanberg, Viktor J.:** Individual Liberty and Political Institutions: On the Complementarity of Liberalism and Democracy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 4, Nr. 2, 2008, S. 139-161.
- 06/8 Goldschmidt, Nils:** Ein „sozial temperierter Kapitalismus“? – Götz Briefs und die Begründung einer sozialetisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft. Veröffentlicht in: Freiburger Universitätsblätter 42, Heft 173, 2006, S. 59-77.
- 06/7 Wohlgemuth, Michael / Brandi, Clara:** Strategies of Flexible Integration and Enlargement of the European Union. A Club-theoretical and Constitutional Economics Perspective. Veröffentlicht in: Varwick, J. / Lang, K.O. (Eds.): European Neighbourhood Policy, Opladen: Budrich, 2007, S. 159-180.
- 06/6 Vanberg, Viktor J.:** Corporate Social Responsibility and the “Game of Catallaxy”: The Perspective of Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy, Vol. 18, 2007, S. 199-222.
- 06/5 Pelikan, Pavel:** Markets vs. Government when Rationality is Unequally Bounded: Some Consequences of Cognitive Inequalities for Theory and Policy.
- 06/4 Goldschmidt, Nils:** Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialetischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive? Veröffentlicht in: D. Aufderheide, M. Dabrowski (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische Perspektiven für den Pflegesektor, Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 53-81.
- 06/3 Marx, Reinhard:** Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre.
- 06/2 Vanberg, Viktor J.:** Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy Volume 11, Number 1, März 2000, S. 87-112 und in: Casas Pardo, J., Schwartz, P.(Hg.): Public Choice and the Challenges of Democracy, Cheltenham: Edward Elgar, 2007, S. 101-120.
- 06/1 Wohlgemuth, Michael:** Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt. Veröffentlicht in: R. Clapham, G. Schwarz (Hrsg.): Die Fortschrittsidee und die Marktwirtschaft, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2006, S. 131-162.

2005

- 05/13 Kersting, Wolfgang:** Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen. In erweiterter Fassung veröffentlicht als: Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 173, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.
- 05/12 Vanberg, Viktor J.:** Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik. Veröffentlicht in: G. Abel (Hrsg.): Kreativität. XX. Deutscher Kongress für Philosophie. Kolloquiumsbeiträge, Hamburg: Meiner 2006, S. 1101-1128.
- 05/11 Vanberg, Viktor J.:** Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“. Veröffentlicht in: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 5: „Soziale Sicherung in Marktgesellschaften“, hrsg. von M. Held, G. Kubon-Gilke, R. Sturn, Marburg: Metropolis 2006, S. 39-69.
- 05/10 Goldschmidt, Nils:** Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 289-313.
- 05/9 Wohlgemuth, Michael:** Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 359-392.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.
- 05/7 Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/6 Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/3 Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change. In veränderter Fassung veröffentlicht in: Journal of Economic Issues, Vol. 40, 2006, S. 895-918.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/1 Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher

Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.

Eine Aufstellung über weitere Diskussionspapiere ist auf der Homepage des Walter Eucken Instituts erhältlich.